

## **Parlament spricht sich nachdrücklich für Entlastungen der Stahlindustrie aus**

**Nach der Kommission für Wirtschaft und Abgaben WAK-S am Freitag hat sich auch die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates UREK-N am Dienstag ausdrücklich für Entlastungen der Metallindustrie ausgesprochen und zum Ausdruck gebracht, dass die nachhaltige Sicherung des Standortes für das Recycling von Stahl und Aluminium im Sinne der Schweiz ist.**

### **Klares Votum des Schweizer Parlaments zur Sicherung des metallischen Kreislaufs**

metal.suisse begrüsst das klare Verdikt der Schweizer Parlamentarier. Die WAK-S hat sich am 15. November 2024 nach Anhörung des Bundesrates entschieden, die Motionen [24.3146](#) und [24.3159](#), die vom Bundesrat Sofortmassnahmen zur Rettung des Stahlwerks Gerlafingen verlangen und Motion [24.3374](#), die den Bundesrat beauftragen will, in geeigneter Form eine Übergangsfinanzierung für die Stahlindustrie zur Verfügung zu stellen, um den Produktions- und Industriestandort Schweiz zu sichern und die Kreislaufwirtschaft zu erhalten, angenommen. Angesichts der existenziellen Bedrohung der Stahlwerke in Gerlafingen und Emmenbrücke sahen die Parlamentarier Handlungsbedarf. Die Kommission spricht sich klar für die Schaffung geeigneter wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und gegen Industriepolitik aus.

### **Konkrete Unterstützungsmassnahmen durch die UREK-N**

In ihrer Sitzung vom 19. November 2024 liessen die Mitglieder der UREK-N nun konkrete Schritte folgen und machten damit deutlich, dass sie die passive Haltung des Bundesrates nicht mittragen wollen. Mit einer gestaffelten Entlastung der Netznutzungsgebühren für Unternehmen mit einer Jahresproduktion von über 20'000 Tonnen aus mehrheitlich rezykliertem Material kommt den Stahl- und Aluminiumwerken eine strategische Bedeutung zu, die eine Unterstützung rechtfertigt. Damit setzt die UREK-N ein eindrückliches und klares Zeichen für die Kreislaufwirtschaft und das energieintensive Recycling in der Schweiz. Die Mehrheit der UREK korrigiert mit ihrem Entscheid die Schweizer Industriepolitik im Energiebereich. Hinzu kommt eine Entlastung der Grossverbraucher mit der Stärkung der Verbrauchsreserve. Die Kommission reduziert damit die schädlichen Auswirkungen auf die Umwelt und schafft eine kostengünstige Reserve, die zeitgleich zu einer Entlastung der Werke führen wird.

### **Anerkennung der Bedeutung des Metallrecyclings in der Schweiz**

Mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen erlaubt dies den Stahl- und Aluminiumunternehmen kurzfristig wieder die Produktion auf Augenhöhe mit den Konkurrenten aus der EU. Wichtiger jedoch ist das klare Bekenntnis der Schweizer Politik, dass sie die Recyclingleistung anerkennen – allein die beiden Stahlwerke in Gerlafingen und Emmenbrücke – schmelzen jährlich rund 1.5 Mio. Tonnen Stahlschrott zu hochwertigem Neustahl ein. Mit dieser Recyclingleistung wird der umweltschädliche Transport dieses Schrotts ins Ausland und der Import in Höhe von ca. 700'000 Tonnen Stahlprodukten vermieden. Dies entspricht rund 250'000 zusätzlichen LKW-Fahrten pro Jahr. Dieses Bekenntnis der Politik zum nachhaltigen Produktionsstandort schafft einen Rahmen, der den Werken überhaupt erst ein positives Investitionsklima ermöglichen kann und korrigiert damit eindrücklich die Aussage von Bundesrat Parmelin, dass es die Stahlproduktion in der Schweiz nicht mehr braucht.

## **Enge Grenzen für die Massnahmen**

Die UREK knüpft die gestaffelte Entlastung bei den Netznutzungsgebühren über vier Jahre richtigerweise an enge Bedingungen und verhindert somit eine Unterstützung nach dem «Giesskannenprinzip». Es wird eine Garantie des Schweizer Produktionsstandortes, die Verpflichtung zu nachhaltigen Investitionen, der Verzicht auf die Ausschüttung einer Dividende und eine Offenlegung der wirtschaftlichen Lage verlangt. Vor allem die Abgabe einer Standortgarantie, die über ein klares Bekenntnis zu einem Standort hinausgeht und die Offenlegung der wirtschaftlichen Situation könnte aber für börsenkotierte Unternehmen eine nicht zu erfüllende Bedingung sein.

Zudem wiesen beide Kommissionen, die sich mit den Stahlwerken befassten, darauf hin, dass ein Strukturwandel nicht verhindert werden sollte und dass mit den Massnahmen kein Präjudiz für eine allgemeine Industriepolitik geschaffen werden darf.

## **metal.suisse begrüsst die Entlastung, fordert aber weitere Schritte für eine nachhaltige Lösung**

Die beschlossene Entlastung stellt eine kurzfristige Verbesserung der Rahmenbedingungen dar und korrigiert die Industriepolitik im Energiebereich. Gleichzeitig wird mit den engen Vorgaben eine allgemeine Industriepolitik und damit eine Präjudizwirkung verhindert.

Gemäss Nationalrätin Diana Gutjahr, Präsidentin von metal.suisse ist die Anerkennung der Recyclingleistung ein Durchbruch für den metallischen Kreislauf in der Schweiz: «Noch vor wenigen Jahren war es weitgehend unbekannt, dass wir im Bau mit nahezu 100% Recyclingstahl arbeiten oder dass wir in der Schweiz die ökologischsten Stahlwerke in ihren Bereichen haben. Eine stringente Umweltpolitik ist das eine, die Wirtschaft muss aber die Möglichkeiten haben, diese auch zu erfüllen. Die Entlastungsmassnahmen, die die UREK nun beschlossen hat, schafft wieder ein Spielfeld auf Augenhöhe mit der ausländischen Konkurrenz und sichert das nachhaltige Stahlrecycling in der Schweiz.»

Der häufig angesprochene Strukturwandel hat die Branche dabei seit Jahrzehnten fest im Griff. Am eindrücklichsten zeigt sich das im Aluminiumbereich, der einen immensen Aderlass hinter sich hat. Grosse Namen sind heute verschwunden und nur noch eine handvoll Produzenten in der Schweiz verblieben. Das gleiche Bild zeigt sich bei Giessereien und Stahlwerken. Diese Industriearbeitsplätze sind dauerhaft verloren und lassen sich nicht wieder auf Wunsch zurückbringen. Eine Umplatzierung der hochspezialisierten Arbeitskräfte an einen anderen Arbeitsplatz ist nicht problemlos möglich. Die bisher mangelnde Unterstützung und Anerkennung ist auch ein mahnendes Signal an die Jugend, zukünftig eine Ausbildung in den Basisindustrien eher zu vermeiden. Die Dimensionen der Entscheidungen des Parlaments reichen damit deutlich über die Unterstützung einzelner Stahlwerke hinaus.

Gemäss Gutjahr verlagert der Entscheid aber letztlich nur das Problem und stellt keine nachhaltige Lösung dar. «Mit Auslaufen der Entlastung stehen die Werke wie auch andere energieintensive Basisindustrien ohne Entlastung vor dem Problem der exorbitanten Abgaben. Hier muss der Bundesrat ansetzen, um die Rahmenbedingungen nachhaltig zu verbessern: Die staatlichen Gebühren für Netznutzung, Netzzuschlag und zur Finanzierung der Energiereserve gehören zusammen mit der Energiestrategie 2050 auf den Prüfstand und sie müssen nachhaltig gesenkt werden. Zudem täte der Bundesrat gut daran, sich mit den integralen, strategischen Fragen zur Versorgungssicherheit, zur Schrottverfügbarkeit oder zum Werkstoffrecycling auseinanderzusetzen. Die Umweltpolitische Betrachtung greift hier zu kurz.»

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Der Verband ist überzeugt mit seiner Bauweise und seinen Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz beitragen zu können. Recyclingmaterialien sind heute Standard. metal.suisse fördert Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen und unterstützt deren Umsetzung.

Basel, 20. November 2024

### **Medienkontakt metal.suisse**

Andreas Steffes  
Viaduktstrasse 8  
4051 Basel

info@metalsuisse.ch  
+41 61 228 90 32  
+41 76 426 34 01